

Vorlage Nr.: 2023/0835/1

Eingang: 10.09.2024

Attraktivität der Stellen der Ausländerbehörde: Lösungsansätze für Personalgewinnung und Personalbindung Änderungsantrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	22.10.2024	22.1	Ö	Entscheidung

1. Die Stadtverwaltung gewährt eine übertarifliche Fachkräftezulage im Sachgebiet 1 der Ausländerbehörde für Mitarbeitende mit Publikumsverkehr (front office).
2. Die Stadtverwaltung prüft aufgrund der veränderten, anspruchsvolleren Aufgabenstellung die Stellenbeschreibung für Mitarbeitenden im Sachgebiet 4 der Ausländerbehörde im Hinblick auf eine mögliche Neubewertung.

Begründung/Sachverhalt

Die Ausländerbehörde ist eine der Schlüsselstellen der Karlsruher Willkommensstruktur.

Sie ist zentral für eine gelingende berufliche und soziale Integration von Zugewanderten, insbesondere von Geflüchteten. Ihre umfangreiche Leistungsfähigkeit ist von großer Bedeutung. Die Aufgaben der Ausländerbehörde, insbesondere in den Sachgebieten 1 (Allgemeine Sachbearbeitung/Kundendienst) und 4 (Humanitäre Bleibeperspektive), haben in den letzten Jahren nicht nur quantitativ zugenommen, sie haben sich auch qualitativ stark verändert.

Unter anderem durch die Aufnahme von ca. 5.000 Ukrainer*innen seit 2022, aber auch durch die zahlreichen komplexen aufenthaltsrechtlichen Änderungen, die Beratungsgespräche notwendig machen, ist die Arbeitsbelastung stark gewachsen. Um Personal in diesem sich dynamisch verändernden und herausfordernden Arbeitsgebiet zu gewinnen und insbesondere auch um Fluktuation zu verhindern, müssen entsprechende Tätigkeiten auch finanziell angemessen aufgewertet werden.

Im **Sachgebiet 1** sind die Mitarbeitenden durch Massenverwaltungsaufgaben mit häufig herausforderndem Publikumsverkehr im Bürger*innenservice einer zunehmenden Mehrbelastung ausgesetzt. Dies wurde auch im Rahmen des „Runden Tisch Ausländerbehörde“ berichtet. Entsprechend der Gewährung der Fachkräftezulage für zwei Springerkräfte des Bürgerbüros im Ordnungs- und Bürgeramt (s. Beschlussvorlage Personalausschuss 12.7.2024 Vorlagen-Nr.: 2024/0687) soll diese außertarifliche Zulage als Erschwerniszulage auch auf die besonderen Herausforderungen im Sachgebiet 1 übertragen werden können.

Das **Sachgebiet 4** mit seinem vom humanitären Bleiberecht geprägten Schwerpunkt erfordert die qualifizierte, anspruchsvolle Bearbeitung und Beratung von Einzelfällen in einem komplexen Rechtsgebiet. Aufgrund der Verantwortung, des Vorhandenseins von Ermessensspielräumen sowie des Ausmaßes von Entscheidungsbefugnissen scheint eine Prüfung der Stellenbeschreibung im Hinblick auf eine mögliche Neubewertung als sinnvoll.

Unterzeichnet von:
Dr. Iris Sardarabady
Aljoscha Löffler
Leonie Wolf
Verena Anlauf